

das portrait



Definiert sich nicht über seine Außenwirkung: ESC-Vierter Michael Schulte
Foto: dpa

Michael Schulte verewigt sich in Buxtehude

Als er 22. Februar in Berlin die deutsche Vorentscheidung für den ESC in Lissabon gewann, hatte man in Buxtehude nicht ernsthaft auf ihn zählen wollen: Michael Schulte, der Mann von nebenan, der Hipster ohne Coolness-Allüren, lebte zwar schon in dem Städtchen vor den Toren Hamburgs, aber dass er Buxtehude als solches als Heimatort in die Welt tragen würde: Das war ganz unklar. Nachdem er am vorigen Wochenende nun Vierter beim Eurovisionsfestival und mit dem Lied „You Let Me Walk Alone“ zum chart- und karrierefähigsten ESC-Act Made in Germany seit Lena und ihrem Sieg 2010 wurde, sind solche Unklarheiten getilgt.

Michael Schulte, der gebürtige Eckernförder und an der dänischen Grenze aufgewachsene junge Mann von 28 Jahren, ist ein Promi, und nicht nur gemessen an Buxtehuder Verhältnissen. Er ist den Menschen sympathisch, er ist zugleich kein Publikumsranschmeißer, also ungefähr das Gegenteil von irgendeiner Ballermann-Aura. Von zartester Grunddistanz ist sein Wesen, ihm ist, das darf nach zwölfjähriger Beobachtung in Lissabon beim ESC gesagt werden, fremd, sich über seine Außenwirkung zu definieren. Ein Mann mit Eigensinn, der erst seit wenigen Wochen über ein eigenes, wenn auch kleines Management verfügt, für die Terminplanung und um die vielen telefonisch geäußerten Wünsche an ihn zu filtern.

Und dass man ihn mag, dass man ihm gern zuhört, könnte auch daran liegen, dass er in den ESC mit einem Lied ging, das selbst im engeren Sinne der Idee von Authentizität gleichkommt: „You Let Me Walk Alone“ wurde komponiert und getextet, als er schon wusste, dass er im Sommer Vater werden wird: Sein ESC-Act handelt von der Trauer des Singenden um den Vater, der starb, als Michael Schulte selbst noch sehr jung war – ein Lied in Trauer als Verarbeitung der Freude, selbst ein Wesen mit seiner Freundin in die Welt zu setzen.

Dass solch eine tränenanimierende Hymne über alle Zweifel erhaben ist, wird auch Buxtehudes Bürgermeister überzeugt haben, ihn, Michael Schulte, nicht nur am Freitag vor dem Rathaus dieser reichen Stadt singen zu lassen, sondern ihn zu bitten, sich im Goldenen Buch per Unterschrift (faktisch: Autogramm) zu verewigen.

Das ist insofern schon fortschrittlich, als Buxtehude ja sonst eher für Äpfel und Literatur (Jugendbuchpreis „Buxtehuder Bulle“) und Kleinkunst bekannt ist. Nun wird ein Auteur der Popkultur mit Wertschätzung gesehen: Gut, das!

Jan Feddersen

Suizidprävention auf dem Stundenplan: Vollzugsbeamter in der JVA Wolfenbüttel
Foto: Peter Steffen/dpa

An Schnürsenkeln erhängt

Schon vier Knastinsassen haben sich 2018 in Niedersachsen umgebracht. Zur Personalnot sieht das Justizministerium keinen Zusammenhang, erlässt aber einen neuen „Leitfaden“

Von Reimar Paul

In diesem Jahr haben bereits vier Häftlinge in vier niedersächsischen Gefängnissen Suizid begangen. Das bestätigte am Mittwoch das Justizministerium in Hannover. Ein weiterer Gefangener aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rosdorf bei Göttingen liegt nach einem Selbstmordversuch mit Hirnverletzungen im Koma. In einem Fall aus 2017 ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen drei Gefängnisbedienstete wegen fahrlässiger Tötung.

Im vergangenen Jahr gab es insgesamt sieben Suizide in den Gefängnissen des Bundeslandes. Die Zahl der Suizidversuche vom 1. November 2017 bis heute gibt das Ministerium mit 16 an. „Jeder Suizid in einer niedersächsischen JVA ist einer zu viel“, sagt Ministeriumssprecher Christian Lauenstein dazu. Einen „dramatischen Anstieg“, wie die in Oldenburg erscheinende *Nordwest-Zeitung* schreibt, die zuerst über die Fälle berichtet hatte, gäben die Statistiken aber nicht her. Denn bereits 2009 hätten sich in Niedersachsen acht Gefangene getötet. Bis 2014 war die Zahl auf zwei Suizide gesunken, 2015 waren es sechs und 2016 sieben Tote. Suizidversuche werden erst seit 2012 erfasst: Hier lag der bisherige Höchstwert im Jahr 2015 bei 23 Selbstmordversuchen.

In mehreren Fällen aus diesem und dem vergangenen Jahr

sollen sich Gefangene das Leben genommen haben, obwohl Gutachter zuvor keine Suizidabsicht erkannt hatten. In Oldenburg erhängte sich im Dezember 2017 ein Häftling sogar in seiner mit einer Kamera überwachten Zelle. Vertraulichen Unterlagen zufolge, die die *Nordwest-Zeitung* einsehen konnte, hatten sich Justizbedienstete erst nach 40 Minuten über den regungslosen Zustand des Mannes am Zellenfenster gewundert.

Ein Notarzt reanimierte den Gefangenen zwar zunächst, er starb aber am 8. Januar in einem Krankenhaus am erlittenen Hirnödem. Die Staatsanwaltschaft ermittelt hier gegen drei Beschäftigte wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung. „Im Übrigen ist es so, dass bei jedem Suizid die zuständige Staatsanwaltschaft ein Todesermittlungsverfahren einleitet“, sagt Ministeriumssprecher Lauenstein.

Auch im Gefängnis Bremerörde beging ein Häftling am 10. April Selbstmord, nachdem der psychologische Dienst eine Suizidabsicht verneint hatte. Der Flüchtling aus dem Irak wurde erst so spät in seiner Zelle entdeckt, dass bereits die Leichenstarre eingesetzt hatte. Der Gefangene hatte sich mit einem Schnürsenkel im Nassbereich an der Tür stranguliert. Der Iraker hinterließ sieben Kinder im Alter zwischen elf und 15 Jahren.

Eine verhängnisvolle Fehleinschätzung gab es offenbar auch

in der Rosdorfer JVA, als der psychologische Dienst dort wenige Tage vor einem Suizidversuch einem Gefangenen keine akute Suizidgefahr attestierte. Nach der Selbststrangulierung liegt der Häftling in der Göttinger Uniklinik im Koma. In Lingen strangulierte sich ein 28-jähriger trotz positiver Bewertung einer Psychologin mit zwei Schnürsenkeln an einem Heizungsrohr. Dort fand man den

5,8 Prozent der Stellen im Vollzug sind unbesetzt – aber ob mehr Bedienstete zu weniger Suiziden führen würden, hält das Ministerium für „Spekulation“

Gefangenen erst drei Stunden später, als ein Bediensteter dem Häftling zufällig ein Asthmaspray bringen wollte.

Der Verband der Niedersächsischen Strafvollzugsbediensteten (VNSB) klagt seit Langem über fehlendes Personal im Strafvollzug. Auch das Justizministerium räumt einen Personalmangel ein. Nach offiziellen Zahlen müssten 3.649 Bedienstete in Vollzeit eingesetzt sein, tatsächlich arbeiten aber nur 3.447 Männer und Frauen in

den Haftanstalten. Das bedeutet ein Minus von 5,8 Prozent zum gültigen Stellenplan.

Gleichwohl bestätigt das Ministerium nicht, dass die hohe Zahl der Suizide und Suizidversuche mit der schlechten Personalsituation in den Vollzugsanstalten zusammenhängen könnte: „Dass wir nicht mit voller Personalstärke arbeiten, ist allgemein bekannt“, sagt Sprecher Lauenstein. „Ob aber tatsächlich mehr Personal dazu führt, dass weniger Gefangene sich umbringen, ist reine Spekulation.“

Justizministerin Barbara Haveliza (CDU) habe bereits mit einem „Leitfaden“ auf die Todesfälle und Suizidversuche reagiert. Damit sollen mögliche Suizidneigungen im Eingangsgespräch besser abgeklärt werden. Der Leitfaden müsse noch mit den Justizvollzugseinrichtungen abgestimmt werden, sagte Lauenstein.

Bei der Aus- und Fortbildung der Bediensteten stehe die Suizidprävention schon länger auf dem Stundenplan. In elf der 15 niedersächsischen Justizvollzugseinrichtungen sind insgesamt 190 Telefone mit einer direkten Durchwahl zur Gefängnisseelsorge installiert. Damit haben die Gefangenen die Möglichkeit, auch nachts zwischen 21 und neun Uhr mit einer Seelsorgerin oder einem Seelsorger zu sprechen, wenn die Seelsorge in den einzelnen Gefängnissen nicht besetzt ist.



nachrichten

Uneins
Die Koalitionspartner der niedersächsischen Landesregierung haben unterschiedliche Positionen zur Einrichtung der vom Bund geplanten Asyl- und Abschiebezentren. Während sich die CDU-Fraktion am Donnerstag in einer Debatte dafür aussprach, dass Niedersachsen mindestens eines der Abschiebelager, euphemistisch „Ankerzentren“ genannt, übernehmen solle, verwies Innenminister Boris Pistorius (SPD) erneut auf fehlende Planung und Konzepte des Bundesinnenministers. Die FDP forderte die Landesregierung auf, in der Sache mehr Eigeninitiative zu zeigen. SPD und Union hatten sich in ihren Koalitionsverhandlungen in Berlin darauf geeinigt, Lager zur Auf-

nahme von Schutzsuchenden einzurichten. Dort sollen auch Asylverfahren stattfinden. Wer nicht anerkannt wird, soll direkt von dort aus abgeschoben werden. (dpa)

Tabuzone
Das Wattenmeer muss nach Ansicht von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) eine Tabuzone für den Bau von Windparks bleiben. Es gebe genügend geeignete Flächen für Offshore-Windräder außerhalb der Schutzgebiete in Nord- und Ostsee, sagte Schulze der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Die Energiewende solle naturverträglich gestaltet werden. Zugvögel oder Schweinswale sollten daher durch den Bau von Windparks möglichst we-

nig gestört werden. Schulze vertritt die deutsche Delegation bei der 13. Trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres im niederländischen Leeuwarden. Bis Freitag wollen dort Regierungsvertreter und Naturschutzorganisationen aus Deutschland, Dänemark und den Niederlanden über die länderübergreifende Kooperation im Wattenmeer beraten. (dpa)

Verurteilt
Im Prozess um eine Autofahrt in eine Menschengruppe ist ein 29-jähriger am Donnerstag wegen gefährlicher Körperverletzung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zu vier Jahren Haft verurteilt worden. „Die Steuerungsfähigkeit des Angeklagten war

zwar erheblich eingeschränkt, jedoch nicht vollständig aufgehoben“, hieß es in der Urteilsbegründung des Landgerichts Stade. Der Angeklagte war am 26. November betrunken in eine Menschengruppe vor der Diskothek „Flair“ in der Cuxhavener Innenstadt gefahren. Sieben Menschen wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Der Vorwurf des versuchten Mordes in sieben Fällen hat sich im Laufe des Prozesses nicht bestätigt. (dpa)

Verdächtig
Die Staatsanwaltschaft Lübeck ermittelt gegen Verantwortliche eines Gerüstbauunternehmens aus Schleswig-Holstein wegen des Verdachts des Betruges und der illegalen Beschäftigung.

Der Verdacht richte sich unter anderem gegen ein Ehepaar aus dem Hamburger Umland, teilte die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mit. Den Geschäftsführern wird vorgeworfen, rund eine Million Euro an Sozialabgaben hinterzogen zu haben. Außerdem sollen sie in mindestens 21 Fällen Arbeitnehmer ohne Arbeitsgenehmigungen und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen beschäftigt haben. Am Mittwoch hatten rund 270 Beamte des Zolls und der Polizei Geschäftsräume und Wohnungen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen-Anhalt und in Bulgarien durchsucht. Dabei sei umfangreiches Beweismaterial sichergestellt worden, sagte ein Sprecher. (dpa)